

**10. Interpellation von Josef Gemperle vom 7. Juli 2021 "Überprüfung und Abstimmung der kantonalen Energieförderung auf die neuen Herausforderungen im Bereich Energie und Klima, insbesondere auf den Bedarf an Winterstrom" (20/IN 21/203)**

**Beantwortung**

**Präsidentin:** Die Beantwortung des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Der Interpellant hat das Wort für eine kurze Erklärung, ob er mit der Beantwortung zufrieden ist.

**Gemperle, Die Mitte/EVP:** Vor einem Jahr habe ich die Interpellation zu den grossen aktuellen Herausforderungen im Bereich der Energie und des Klimas, insbesondere im Bereich des Winterstroms eingereicht. Mit dem Angriffskrieg der Russen gegen die Ukraine hat sich die Situation aber nochmals deutlich verschärft. Inzwischen ist das Thema "Strommangellage im Winter" in der breiten Bevölkerung angekommen und entsprechend tägliches Thema. Das sieht man auch an den Anlässen, an denen dies thematisiert wird. Ich **beantrage** Diskussion.

**Abstimmung:** Diskussion wird mit grosser Mehrheit beschlossen.

**Gemperle, Die Mitte/EVP:** Nicht erst seit dem Ukrainefeldzug der Russen sind Energiethemata täglich in den Medien. Seit meinem Eintritt in den Grossen Rat gilt mein grösstes Engagement diesen Themen. Seit vielen Jahren haben wir mit allen möglichen parlamentarischen Werkzeugen für den Umbau der Energieversorgung gekämpft, auch mit den Energieinitiativen. Der Regierungsrat hat dargelegt, wie damals die Fördersumme der Energieförderung aufgrund der Zwillingsinitiativen markant erhöht und die Erhöhung mit der Verfassungsinitiative, welcher 85 % der Thurgauer Bevölkerung zugestimmt haben, zum Glück eindrücklich bestätigt wurde. Ich habe in meinem Vorstoss bereits auf die Erfolge der Thurgauer Energieförderung hingewiesen. Deshalb werde ich nicht mehr weiter darauf eingehen. Wie erwähnt sind die Medien zurzeit mit Schlagzeilen über Energiethemen gefüllt. Bereits am Morgen um 5 Uhr geht es in den ersten Nachrichten um die Angst, dass mit dem brutalen Angriffskrieg der Russen gegen die Ukraine die fossilen Energien, insbesondere das Gas, zum Kriegs- und Boykottwerkzeug werden. Genau davor haben wir immer gewarnt. Die umfassende Abhängigkeit von fossilen Energien im Gesamtkontext der weltweiten und der Schweizer Energieversorgung ist ein sehr grosses Risiko, wegen der Auswirkungen auf das Klima, aber auch und vor allem wegen unserer Erpressbarkeit durch Diktatoren und andere Despoten. Mit Raketen und Artilleriegranaten wurden und werden in der Ukraine noch heute Städte zerstört, und grosses Leid wird über die Zivilbevölkerung gebracht. Das grösste Atomkraftwerk der Ukraine mit sechs Reaktorblöcken, ein sehr grosses Atomkraftwerk, ist von den Russen militärisch besetzt und weiterhin Ziel von Angriffen. Gerade in diesen Tagen wurde deut-

lich, welche Risiken und Bedrohungen eine Eskalation der Kämpfe auch bei anderen Atomkraftwerken darstellen. Russisches Öl, Gas und Uran werden entweder nicht mehr in den Westen geliefert oder boykottiert. Die Schweiz ist bei allen Themen stark betroffen. Wer nur eine kleine Ahnung von den Energieflüssen hat, kann sich ausdenken, welche Auswirkungen dies für unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft hat. Knallhart ist das Wirklichkeit geworden, was wir mit unserer Hochrisikostategie seit Jahren gefordert haben. Bereits vor einem Jahr habe ich den Handlungsbedarf im Energiebereich wie folgt begründet: Im Sommer produzieren die Schweizer Kraftwerke Überschüsse an Strom, aber von November bis März liegt die Produktion deutlich unter dem Verbrauch. Der Ausstieg aus der Kernenergie, die Dekarbonisierung und ausbleibende Importe aus Deutschlands Kohlekraftwerken und Frankreichs alten Atommeilern führen unweigerlich zu einer weiteren Verknappung des Stromangebotes im Winter. Schneller als von vielen erwartet, sind wir mit grosser Brutalität in der Realität angekommen. Der Handlungsbedarf ist der breiten Bevölkerung bewusstgeworden. Leider führt dies dazu, dass viele völlig falsche Rezepturen aus dem Hut gezaubert und tagtäglich in den Medien, vor allem den sozialen Medien, präsentiert werden. Der Wunsch ist offenbar gross, das Energiewunder der Zukunft mit einem grossen und einmaligen Wurf zu zünden und damit alle Energieprobleme zu lösen. Leider ist genau dieser Wunsch beziehungsweise das Wunschdenken oder die Werbung dafür eine verhängnisvolle Falle und führt dazu, dass bei uns die erfolgsversprechenden Ansätze zu wenig beachtet und darum nicht oder zu wenig umgesetzt werden. Die Zukunft der Energieversorgung ist einheimisch, regional, dezentral und erneuerbar. Kein Weg führt an den wichtigen Eckpunkten vorbei. Es braucht wirklich weder die Wissenschaft noch allzu grosses strategisches Denken, um einzusehen, dass die Energiezukunft nicht mit den Technologien und Werkzeugen von gestern gemeistert werden kann. Trotzdem ist es aus meiner Sicht durchaus wertvoll, zurückzuschauen. Wer dies tut, wird sehen, mit welch grossen Anstrengungen unsere Vorfahren unter schwierigsten Bedingungen, diese waren viel schwieriger als heute, mit grossen finanziellen Opfern und unter grössten körperlichen Anstrengungen den Grundstein unserer heutigen Energieversorgung gelegt haben. Ich verstehe nicht, dass wir heute unter Missachtung aller Warnsignale noch Milliarden für Energieinvestitionen im Ausland ausgeben und daran glauben, dass die Energie dieser Anlagen auch in Krisenzeiten zu uns in die Schweiz fliessen wird. Es greift jedoch zu kurz, nur den Verantwortlichen unserer staatlichen Energiekonzerne die Schuld für die aus meiner Sicht unverantwortlichen Auslandengagements in die Schuhe zu schieben. Ich entschuldige mich für meine Offenheit. Es ist aber geradezu absurd, der verantwortlichen Bundesrätin Simonetta Sommaruga vorzuwerfen, ihre Energiestrategie sei gescheitert. Verantwortlich, dass es so ist, wie es ist, sind nämlich genau jene, die nun laut nach einem Stromgeneral rufen und der Bundesrätin Führungsschwäche vorwerfen. Es sind "die Wasserfallen" und "die Rösti", die Öl-Lobbyisten und die Freunde der Gazprom, die immer wieder ausländische Geld- und Wirtschaftsinteressen vor einheimische Energie- und Versorgungs-

sicherheit gestellt haben. Auf der anderen Seite sind es leider auch immer wieder Verbände und Gruppierungen, vor allem aus dem Umweltbereich, die konkrete Projekte verhindern und verzögern. Die Versorgungssicherheit mit Nahrungsmitteln und Energie sind die wichtigsten Themen überhaupt. Ich ärgere mich sehr, nein, ich bin sehr traurig, wie wir, wie unsere Gesellschaft damit umgeht. Genau dies müsste eigentlich jeder Schweizerin und jedem Schweizer einleuchten. Dies tut es offensichtlich nicht. Wir haben längst die Alternativen und das Geld bereit, und wir würden mit dem Umsetzen von Energieprojekten unsere eigenen Arbeitsplätze sichern, Wertschöpfung und Innovation und eben auch die viel gewünschte Versorgungssicherheit mit Strom und generell mit Energie bei uns haben. Wir tun es aber nicht. Im Gegenteil, wir verteufeln die neuen erneuerbaren Energien mit unglaublichen Geschichten, meist erfunden von den Werbefachleuten der Öl- und Atomlobbyisten. Jedes noch so gute Projekt braucht bis zur Umsetzung unglaublich viel Zeit, Nerven und Finanzen, wenn es überhaupt umgesetzt werden kann. Viele gute Projekte werden mit haarsträubenden Behauptungen gebodigt und verhindert. Leider gibt es nebst den guten Energieförderprogrammen und den anderen gutgesinnten Stellen auch in der Verwaltung Stellen oder Fachleute, die hindern, behindern, verhindern. Es braucht in den Exekutiven der Schweiz dringendst wieder Führungsstärke, und zwar auf allen Stufen: Gemeinden, Kantone und Bund. Die Probleme sind erkannt, benannt, und fortschrittliche Regierungsrichtlinien und Energiekonzepte sind definiert. Leider ist eine koordinierte Umsetzung offenbar in vielen Fällen nicht möglich, wohl auch, weil es in der Verwaltung viele auf das eigene Thema fokussierte Fachspezialisten gibt, die eine gemeinsame Umsetzung von Projekten, Strategien und Regierungsrichtlinien verhindern. Ich bedanke mich beim Regierungsrat für die ausführliche Beantwortung. Ich habe trotz allem Vertrauen in die Arbeit unserer Exekutive. Aus heutiger Sicht und mit dem heutigen Wissen würden die Antworten des Regierungsrates auf meine Fragen wohl konkreter aussehen. Die fachlichen Aussagen stimmen und bereiten Freude. Es fehlt aber die konkrete Absicht, mit dem besten und schnellsten, dem effizientesten und bewährtesten aller Werkzeuge, nämlich dem Thurgauer Förderprogramm Energie, energisch und wirkungsvoll Gegensteuer zu den aktuell riesigen Herausforderungen zu geben. Der Regierungsrat wird durch die Abteilung Energie gut beraten und informiert. Nicht zuletzt auch deshalb soll es nun ein eigenes Amt für Energie geben, was ich sehr begrüsse. Kaum ein anderer Kanton der Schweiz hat ein so gut ausgebauten Förderprogramm Energie mit einer derart direkten und zeitlich sehr agilen Steuerungsmöglichkeit seitens des zuständigen Regierungsrates. Jetzt muss gehandelt werden. Wie erwähnt sind die Probleme bekannt und die Lösungsansätze benannt. Das Förderprogramm muss nicht auf das Kalenderjahr warten. Dann, wenn die Zeit drängt und die fatalen Folgen einer Strommangellage für unsere Wirtschaft und unsere Bevölkerung grosse wirtschaftliche Schäden verursacht, ist es höchste Zeit, zu handeln. Wie wohl eine Mehrheit der Schweizer sind wir Thurgauer gegen staatlichen Zwang, so auch ich, und beim Energiesparen oder bei Investitionen in erneuerbare und damit CO<sub>2</sub>-

neutrale Energien sowieso. Weil dem so ist, gibt es aus meiner Sicht keine erfolgsversprechende Alternative zur Energieförderung und Anreizen. Ich bitte darum, mit noch mehr Power auf die grossen Herausforderungen der heutigen Zeit zu reagieren. Es ist fünf nach zwölf. Wir sollten also besser agieren anstatt reagieren. Dies mit guten und bewährten Werkzeugen, die das Parlament in die Hände gibt und immer wieder bestätigt. Wir brauchen die Energieinvestitionen hier und heute, und nicht erst morgen, und schon gar nicht im Ausland. Wir sollten die gemeinsame Führungsverantwortung übernehmen und mit bewährten Anreizen vielversprechende neue und bewährte Technologien fördern, um die Ziele der Energie- und Klimapolitik zu erreichen. Es braucht diesen Weg. Wir dürfen uns nicht auf eine Technologie fokussieren. Es braucht die Ausschöpfung sämtlicher Effizienzpotenziale, aber auch die Nutzung sämtlicher Technologien zur Stromerzeugung aus erneuerbaren, lokal vorhandenen Energieträgern. Wir wissen es, dass die Photovoltaik das grösste Potenzial hat. Sie hat aber viele Vor- und Nachteile. Wir sind im Winter auf Stromimporte angewiesen. Mit dem Anstieg von Photovoltaik im Strommix verstärkt sich das, da Photovoltaik ausgerechnet im Winter viel weniger Strom produziert als in den übrigen Jahreszeiten. Der Ausbau der Photovoltaik braucht zwingend ergänzende Massnahmen, um die Stromversorgung sicherzustellen. Wir sollten winterfreundliche Photovoltaikanlagen mit einem Bonus fördern. Vor allem die Windenergie ist Teil der Lösung, weil Windräder im Winterhalbjahr deutlich mehr Strom produzieren. Wir sollten ein Zeichen mit einem Beitritt beim neuen Verein Pro Wind Thurgau setzen. Weiter braucht es die Geothermie, die Seethermie und im Landwirtschaftskanton Thurgau insbesondere die Nutzung der Biomasse. Die Technologien sind vorhanden und eine Umsetzung möglich. Ich appelliere, gemeinsam daran zu arbeiten, jetzt und heute.

**Vogel, GRÜNE:** Ich danke dem Interpellanten für seine gestellten Fragen und die zwei zentralen Punkte, welche die Interpellation anspricht. Die Schweiz muss so schnell als möglich klimaneutral werden, je nach Absenkpfad deutlich vor 2050. Das ist heute aktueller denn je. Wir müssen alles daransetzen, unsere Energie selbst zu produzieren und unsere Versorgungssicherheit gerade im Winter zu stärken. Zum Klima: Hier stellt sich die Frage, ob wir mit unseren aktuellen Massnahmen auf gutem Weg sind, die gesetzten Ziele einzuhalten. Der Regierungsrat hat sich mit der Energiestrategie 2030 Ziele gesetzt. Sind wir hier auf Kurs? An diesem Punkt bin ich von der Beantwortung ein bisschen enttäuscht. Belastbare Zahlen, Antworten und konkrete Aussagen finden sich kaum. Es ist klar, dass wir mit jeder Tonne CO<sub>2</sub>, mit der wir heute den Absenkpfad überschreiten, in Zukunft unter dem Absenkpfad liegen müssen. Da macht das Klima keine Kompromisse. Ich erwarte, dass der Regierungsrat die Auswirkungen der Fördermassnahmen noch genauer analysiert und bereit ist, bei einer nächsten Gelegenheit konkrete Aussagen zur Wirksamkeit und zur Erreichung der gesteckten Ziele durch unsere Energiepolitik zu machen. So wäre beispielsweise ein Monitoring und ein Indikator im Geschäftsbericht wünschenswert, die aufzeigen, ob wir unsere Energieziele für dieses Jahr

erreicht haben. Aktuell wird das Förderprogramm vor allem nach der Effizienz, aber nicht nach der absoluten Wirkung beurteilt. Die Frage der Versorgungssicherheit beschäftigt uns heute mehr denn je. Wir sehen uns nebst einer Stromknappheit im Winter auch mit einer Gasknappheit konfrontiert. Ich bin davon überzeugt, dass wir ohne das Förderprogramm Energie heute schlechter dastehen würden. Ich bin über jeden Quadratmeter Photovoltaik froh, der gebaut wurde, und über jedes Haus, das isoliert und in dem die Heizung ersetzt wurde. Ich wünschte mir aber auch, dass wir die Energiewende noch schneller und konsequenter vorangetrieben hätten. Eine stärkere Förderung und griffigere Vorschriften wären rückblickend ein geringer Preis gewesen. Es gibt nur einen Weg, und der geht weiter nach vorne. Wir müssen die Erneuerbaren deutlich schneller ausbauen, gerade im Winterhalbjahr stärken und von unseren Abhängigkeiten von Öl und Gas für unsere Energieversorgung wegkommen. Grundsätzlich ist die Schweiz in einer ausserordentlichen Lage. Mit ihrer Wasserkraft verfügt sie über Kraftwerke mit hoher Leistung und Speichervermögen, wie es nur wenige andere Länder auf der ganzen Welt haben. Diese Speichermöglichkeiten erlauben es bereits heute, Lücken in Wind- und Solarstrom zu überbrücken. Sie alleine reichen jedoch nicht aus, um genügend Energie über den Winter zur Verfügung zu stellen. Hier kommen die Erneuerbaren, die Solaranlagen und die Windkraftwerke ins Spiel. Jede Kilowattstunde Energie, die Solar und Wind im Herbst und im Winter produzieren, können die Speicherkraftwerke für später aufsparen. In den Monaten Januar bis April dieses Jahres, der Zeitraum, in dem sich die Stauseen entleeren und in dem wir eben in die Winterstromlücke laufen, produzierten Schweizer Solarstromanlagen bereits etwa 5 % des Verbrauches des Stromes in der Schweiz. Ein weiterer Ausbau wird dies nochmals verbessern. Der Solarstrom wird auch in den Wintermonaten einen wichtigen Anteil an die Energieversorgung leisten. Mit zusätzlichen Anlagen, die für den Winter optimiert sind, können wir die Produktion weiter ausbauen. Das Potential für die Windkraft im Thurgau ist begrenzt. Diese läuft jedoch im Winter zur Höchstform auf und liefert dann einen wesentlichen Anteil der notwendigen Energie. Die Ausgangslage für eine erneuerbare Energieversorgung ist in der Schweiz hervorragend. Wir müssen diese Chance nutzen. Zu unseren Möglichkeiten im Thurgau: Das Förderprogramm ist ein wichtiger Baustein. Vor den Sommerferien haben wir mit der Parlamentarischen Initiative "Flexibler Energiefonds" einen Schritt zur Stärkung des Förderprogramms gemacht. Die Umsetzung müssen wir nun weitertreiben und dem Energiefonds die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen. Wir sind aber auch gut beraten, alle anderen Möglichkeiten zu nutzen, um von Öl und Gas weg zu kommen. Es erscheint uns sinnvoll, bei der Förderung von Wärmepumpen verstärkt auf Sole/Wasser zu setzen und für Luft-/Wasser-Lösungen eine Solaranlage zu fordern. Je weniger Strom wir im Winter verbrauchen, desto weniger müssen wir produzieren. Zudem sollten Finanzierungsmöglichkeiten für die hohen Investitionskosten geprüft werden. Zusätzlich muss die Sanierungsquote erhöht werden, um in Zukunft deutlich mehr Häuser zu isolieren und somit gerade Wärmeenergie zu sparen. Ein Ausbau des Gebäudeprogrammes wäre

hier zu begrüssen. Es erscheint uns essenziell, die Windenergie im Thurgau zu fördern. Wir erwarten seitens des Regierungsrates, dass er sich für die Windprojekte und für schnelle Bewilligungsverfahren einsetzt. Eine zusätzliche kantonale Förderung von Winterstromoptimierten Solaranlagen wäre zu begrüssen. Wir müssen uns aber auch im Klaren sein, dass der Thurgau im Winter von anderen Kantonen oder unseren Nachbarländern abhängig sein wird. Wir müssen hier unsere Hausaufgaben machen, alles unternehmen, um unsere Potentiale zu nutzen und möglichst viel Energie hier und lokal zu produzieren. Weiter müssen wir die Beziehungen zu Europa stärken und auf eine europäische Zusammenarbeit setzen. Das Förderprogramm leistet einen wichtigen Beitrag. Ob es aber reicht, um unserer Ziele in der Energie- und Klimapolitik zu erreichen, ist meines Erachtens nicht abschliessend geklärt. Für die Versorgungssicherheit ist ein rascher Ausbau von entscheidender Bedeutung. Weitere Massnahmen erachte ich als notwendig. Ich erwarte, dass der Regierungsrat hier konkrete Analysen liefert und bereit ist, zu reagieren, wenn sich zeigen sollte, dass wir aktuell nicht auf dem geplanten Ausbaupfad sind. Am Schluss sind aber wir gefordert. Wir haben es in der Hand. Wollen wir noch stärker fördern und allenfalls weitere Vorschriften? Wir müssen unsere Klimaziele erreichen, und wir sind in der Verantwortung, zu handeln. Wir sollten uns für einen konsequenten Ausbau der Erneuerbaren einsetzen, das Klima schützen und uns von fossilen Brennstoffen unabhängig machen.

**Elina Müller, SP:** Im Namen der SP-Fraktion bedanke ich mich beim Interpellanten für den Vorstoss und beim Regierungsrat für die Beantwortung. Eine sporadische Überprüfung der kantonalen Energieförderung ist mehr als angebracht, denn sowohl die Klimakrise als auch die deshalb notwendigen Massnahmen bringen massive Veränderungen mit sich. Unsere grosse Abhängigkeit im Energiesektor wurde in diesem Jahr nur allzu deutlich. Die Energieversorgung hat einen enormen Einfluss auf unser Leben. Ein Knackpunkt bei der Umstellung auf Erneuerbare ist der Winterstrom, weshalb darauf folgerichtig ein Fokus gelegt wird. Zur Beantwortung der Frage 2: Der Regierungsrat schreibt, dass mit dem Ersatz von Elektrodirektheizungen und Elektroboilern eine signifikante Stromeinsparung erzielt würde. In welcher Grössenordnung sind Elektroheizungen und -boiler noch im Einsatz? Ich nehme erfreut zur Kenntnis, dass zur Unterstützung des Umstiegs von fossilen auf erneuerbare Heizsysteme sowohl eine verstärkte und spezifischere Förderung als auch eine Verschärfung der Vorschriften in Betracht gezogen werden. Ebenso, dass eine Photovoltaikpflicht für Sanierungen und Neubauten doch noch in Angriff genommen werden könnte, wenn auch nicht vollflächig. Eine Pflicht zu Blockheizkraftwerken bei grösseren Wärmeanlagen, wenn diese ganz oder teilweise mit fossilen Brennstoffen betrieben werden, wäre zu prüfen. Gerne würde ich etwas darüber erfahren, inwieweit die Ziele des Biomassekonzeptes Thurgau von 2013 bisher umgesetzt wurden. Gerade die energetische Verwertung von Gülle und Mist bietet ein konkretes und nicht unerhebliches Potential. Methanisiertes Biogas könnte zudem als Energiespei-

cher dienen. Trotz verschiedenen positiven Ansätzen in der Beantwortung der Interpellation fehlt jedoch grundsätzlich der eigentlich gewünschte Überblick und das Fazit. Wo stehen wir bei den Erneuerbaren? Kommen wir in der notwendigen Geschwindigkeit voran? Reichen die getroffenen und in die Wege geleiteten Massnahmen, um Probleme wie die Winterstromknappheit lösen zu können? Was genau müssen wir an den Rahmenbedingungen ändern, damit private und kommunale Energieversorger sowie die EKT AG künftig deutlich mehr Energie dezentral selbst produzieren und speichern? Ich hoffe, dass wir auf die Fragen in Kürze eine Antwort erhalten.

**Marco Rüegg, GLP:** Ich spreche für die GLP-Fraktion und bedanke mich beim Interpellanten für die spannenden Fragen. In den acht Fragen sind wohl die gängigen Themen der Klima- und Energiepolitik abgedeckt. Die Beantwortung des Regierungsrates ist umfangreich, jedoch nicht zufriedenstellend. Dort heisst es, dass allenfalls kleine Anpassungen am Förderprogramm denkbar seien. Angesichts der aktuellen Herausforderungen in der Energiepolitik haben wir mehr erwartet. Es gibt ein wichtiges Problem zu lösen: Die Klimakrise schreitet voran. Ich bin mir mittlerweile nicht einmal mehr sicher, ob die Wasserkraft langfristig ohne Gletscher- und Schneeschmelze so viel leisten kann. Historisch hohe Energiepreise werden den Konsum schwächen und sich auf die Wirtschaftsleistung auswirken. Zu Recht macht sich der Interpellant Sorgen über den Winterstrom. Michael Frank, Direktor des Branchendachverbandes der Schweizer Stromwirtschaft sagte kürzlich in einem Interview, dass die Wahrscheinlichkeit von Stromabschaltungen real und hoch sei. Ob und wieviel Erdgas im Thurgau ankommen wird, steht in den Sternen. Unternehmen schaffen sich Dieselaggregate an und installieren Tanks für Flüssiggas. Da kann ich nur den Kopf schütteln und mich fragen, wie so etwas passieren konnte. Zur Frage der Erhöhung der Winterstromproduktion macht der Regierungsrat einige Vorschläge, die wir natürlich unterstützen. Es braucht jedoch viel mehr Anstrengungen. Ob die Förderung das richtige Modell ist, sollte man diskutieren. Ich erachte ein liberales Quotenmodell nach wie vor als zielführender. Die Nutzung der Umgebungswärme, sei es im Erdreich, in der Luft oder im Wasser, ist voranzutreiben, um die fossilen Energien zu ersetzen und die Klimabilanz zu verbessern. Ebenso muss die fünfmal effizientere Elektromobilität gesteigert und der Ausbau von Solarenergie vorangetrieben werden. Infrastrukturflächen wie Parkplätze und Agrarflächen bieten grosses Potenzial. Die Gebäude werden immer mehr Energie über die Gebäudehülle produzieren und immer weniger aus dem Netz benötigen. Dies wird aber den Strombedarf im Winter nicht decken. Im Winter brauchen wir mehr Energie für das Heizen und die Beleuchtung, aber auch mehr Energie für die Elektromobilität. Die Wasserkraft steht dann nur beschränkt zur Verfügung. Deshalb sollte man die gleichzeitige Wärme- und Stromproduktion ausbauen. Da gehen wir mit dem Regierungsrat einig und unterstützen das. Nicht nur die Umstellung auf Blockheizkraftwerke ist nötig. Man sollte auch über die Förderung von wasserstoffbasierten Systemen nachdenken. So kann nämlich der im Sommer gespei-

cherte Überschussstrom aus Solarstromanlagen im Winter nutzbar gemacht werden. Solarenergie, kombiniert mit Speichern, ist für uns die Schlüsseltechnologie. Wir sind aber davon überzeugt, dass es auch die Tiefengeothermie braucht. Das Potenzial sollte geklärt und erschlossen werden. Die GLP setzt sich für einen raschen Zubau der Windkraft im Thurgau ein. Die Windkraft ergänzt die Solarkraft optimal und leistet im Winter wichtige Beiträge. Davon haben wir bereits gehört. Das Projekt in Thundorf soll zeitnah realisiert werden. Über die Möglichkeiten der saisonalen Speicherung von Solarstrom habe ich in der Beantwortung des Regierungsrates nichts gelesen. Hier steckt der Schlüssel für die massive Steigerung von Winterstrom. Da werden wir den Regierungsrat unterstützen und mit Ideen auf ihn zugehen. Die Mitarbeit von anderen Parteien ist erwünscht und wird begrüsst. Der Regierungsrat schreibt, dass im Rahmen des Aktionsplanes Klima eine Photovoltaik-Pflicht bei Sanierungen und Neubauten zu prüfen sei. Da scheint unsere Motion doch nicht falsch gewesen zu sein. Wir hoffen, dass dies so rasch als möglich konkret wird. Wir sehen in der Beantwortung des Regierungsrates ein paar Tropfen auf den heissen Stein. Es sind logische Ansätze in eine gute Richtung. Wir brauchen aber eine Revolution. Im Thurgau sind genug Sonne, Wind, Wasser und Biomasse als auch genug Geld für Investitionen vorhanden. Ich habe einmal ausgerechnet, dass mit dem Geld, das in eine Strasse investiert werden soll – es ist klar, welche Strasse ich meine – die Energiewende im Kanton Thurgau mehr als geschafft wäre. Gerne rechne ich es Interessierten bei Bedarf vor. Für die GLP ist es Zeit, die Prioritäten richtig zu setzen und die Energiewende zu revolutionieren.

**Wolfer**, Die Mitte/EVP: Der Interpellant trifft mit seinem Vorstoss aus dem Sommer 2021 einen Problembereich, der fraglos besteht und sich seither insbesondere im Zuge der Ukraine Krise noch merklich akzentuiert hat. Dies wurde heute bereits mehrfach erwähnt. Eine Strommangellage könnte schneller als erwartet eintreten. Die zentrale Frage des Interpellanten nach kantonalem Handlungsbedarf, vor allem für das Winterhalbjahr, unterstützt die Fraktion Die Mitte/EVP mit Nachdruck. Bezüglich Energieproduktion mittels Biomasse schreibt der Regierungsrat, dass diese dank einer längeren Vegetationsperiode bessere Bedingungen habe als früher. Aus unserer Sicht liegt im landwirtschaftlichen Kanton Thurgau noch viel Potenzial brach. Wir wünschen uns, dass sich der Kanton diesem Bereich und seinen Möglichkeiten nochmals vertieft annimmt und prüft, wie er konkret Einfluss nehmen kann, damit Landwirte das entsprechende Potenzial erkennen und interessante Anreize haben, ihre Biomasse für die Energieproduktion zu verwerten. Unsere Fraktion unterstützt die Bestrebungen zur thermischen Nutzung des Bodensees. Die Nutzung des Seewassers zur Wärmegewinnung ist eine effiziente Möglichkeit, um beispielsweise gerade denkmalgeschützte Liegenschaften in Seenähe mit erneuerbarer Energie zu versorgen, ohne dass dabei besonders viel Elektrizität gebraucht wird. Die damit verbundene Abkühlung des Sees als Ganzes ist dabei selbstverständlich im Auge zu behalten. Ein weiterer Aspekt, den der Regierungsrat in diesem Zusammenhang her-

vorhebt, ist die "winterstromoptimierte Förderung" bei den Heizsystemen. Dieser Ansatz ist zu begrüßen und weiterzuverfolgen. Im Bereich der Solarstromanlagen ist die spezifische Förderung grosser Solarstromanlagen mit kleinem Eigenverbrauchsanteil zu begrüßen. Für die Fraktion Die Mitte/EVP sind gezielte und wirksame Anreizsysteme der zentrale Schlüssel für den Zubau von Solarstromanlagen. Wir sind davon überzeugt, dass die gegenwärtig steigenden Strompreise zusammen mit einem optimierten Förderprogramm und angemessenen Rücklieferntarifen den Ausbau im Kanton Thurgau beschleunigen werden. Eine generelle Pflicht für Photovoltaikanlagen auch für bestehende Bauten lehnt unsere Fraktion ab. Eine solche können wir uns bei grösseren Sanierungen und Neubauten grundsätzlich vorstellen, wobei Voraussetzungen und Umfang einer solchen Pflicht vorgängig sorgfältig zu prüfen sind. Prüfwert ist aus Sicht unserer Fraktion sodann die spezifische Winterstromförderung, etwa für Photovoltaikanlagen an steilen Dachflächen und Fassaden. Zu Recht weisen sowohl der Interpellant als auch der Regierungsrat darauf hin, dass Windenergieanlagen gute Ergänzungen zu Solarstromanlagen darstellen, weil der Winter ihr Hauptproduktionszeitraum ist. Der Windenergie wird aus unserer Sicht künftig eine Rolle zukommen müssen. Wir erwarten seitens des Regierungsrates, dass er Bestrebungen zum Bau von Windenergieanlagen nach seinen Möglichkeiten unterstützt, sei es durch Informationskampagnen, finanzielle und ideelle Unterstützungen, Schaffung von rechtlichen Grundlagen, um Teile der finanziellen Wertschöpfung in der Region zu halten, durch eine verbesserte Verfahrenskoordination oder durch Einflussnahme auf Bundesebene, zum Beispiel zur Vereinfachung von Genehmigungsverfahren. Nur sehr knapp schneidet der Regierungsrat das Thema der Elektrizität aus Geothermie an, das grosses Potenzial hat. Soweit der Kanton Möglichkeiten hat, Kenntnisse über den hiesigen Untergrund zu beschaffen oder diesbezügliche Bestrebungen Dritter zu unterstützen, sollte er dies aktiv wahrnehmen. Im Bereich der Elektromobilität ist eine intelligente Förderung, wiederum auch mit Blick auf Spitzen und Tiefen der Solarstromproduktion und damit verbundenem fehlendem Winterstrom, essenziell. Mit dem Förderprogramm sind intelligente Ladesteuerungen, insbesondere für Lademöglichkeiten tagsüber, aus unserer Sicht zu forcieren. Abschliessend und zusammengefasst ist für unsere Fraktion, wie in diesem Saal bereits mehrfach geäussert, zentral, dass weiterhin und mit Blick auf eine Strommangellage noch verstärkt in der Breite und unter Einbezug der Diversität der erneuerbaren Stromproduktion gehandelt wird.

**Wüst, EDU:** Die EDU-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. Ob CO<sub>2</sub> die richtige Messeinheit ist, um die Erwärmung der Erdoberfläche festzustellen, ist für mich fraglich. Der Ausstoss pro Kopf inklusive die graue Emission ist Kohlenstoffdioxid, also CO<sub>2</sub>, das bei der Herstellung der Produkte entsteht, die wir im Ausland zukaufen. Das ist mit 13,5 Tonnen im Verhältnis mit anderen Ländern sehr hoch. Schätzungen zufolge sollte dieser Wert bei 0,6 Tonnen pro Jahr liegen, damit sich die Natur erholen kann. Wie soll das gehen? Wie viel CO<sub>2</sub> stösst ein aktiver Vulkan aus?

Verrottetes Holz gibt so viel CO<sub>2</sub> ab wie Nutzholz, das verbrannt wird. Tatsache ist, dass wir über den Winter zu wenig Strom haben werden. Aufgrund der Strommangelage wird im angrenzenden Ausland bereits wieder über die Inbetriebnahme von Kohlekraftwerken gesprochen. Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken sind ebenso im Gespräch. Meines Erachtens sind Förderungen von gesamten Gebäudehüllen, die saniert werden, neue Photovoltaikanlagen und Batterien sehr gut. Alle Möglichkeiten wie Blockheizwerke, zentrale Grossbatterien-Speicher in einer grösseren Überbauung und Vergleichbares sollen unterstützt und gefördert werden. Für die EDU-Fraktion gilt der Grundsatz: Zuerst weniger Energie verbrauchen und erst dann mehr Energie herstellen. Es ist wichtig, dass wir die Schöpfung schützen.

**Martin, SVP:** Ich spreche im Namen der SVP-Fraktion. Der Interpellant spricht wichtige und gute Punkte an, die bereits mehrfach erwähnt worden sind und die wir zur Genüge an einer anderen Sitzung besprochen haben. Der Interpellant gibt zu, dass es trotz den Effizienzmassnahmen zu einem erhöhten Stromverbrauch in den kommenden Jahren kommen wird. Die SVP-Fraktion teilt diese Meinung. Die Problematik ist mittlerweile allen bekannt. Sie ist nichts Neues. Die Gefahr eines Energiemangels ist real. Wir steuern in grossen Schritten auf einen Energieengpass zu, und zwar bereits jetzt, und nicht erst in ein paar Jahren. Wir fragen uns aber, woher wir die Energie nehmen, wenn der Gebäudesektor wie auch der Verkehr bis 2050 emissionsfrei werden sollen. Nach unserer Meinung ist eine Diversifizierung bei der Stromproduktion der Schlüssel. Nur so können wir einen Energieengpass verhindern. Nebst der Photovoltaik, der Wasserkraft, den Blockheizkraftwerken, den Solarstromanlagen, dem Wasserstoff und der Geothermie sollte nun auf Bundesebene schnellstmöglich in neue Generationen von Atomkraftwerken investiert und weiter geforscht werden. Der SVP-Fraktion ist es wichtig, dass schnellstmöglich Massnahmen getroffen werden, damit die Energieversorgung jederzeit sichergestellt werden kann und wir stets genügend Energie und Leistung für unsere Wirtschaft und vor allem für unsere Bevölkerung zur Verfügung haben. Um dies sicherzustellen, sollte die Speicherung angegangen werden, damit die volatile Erzeugung ausgeglichen werden kann. Nebst der Speicherung muss auch die Energieerzeugung mit verschiedenen, bestmöglichen und gesamtheitlich besten Technologien vorangetrieben werden. Es freut uns, dass durch das Förderprogramm des Kompetenz-Zentrums Erneuerbare Energie-Systeme Thurgau (KEEST) in den letzten elf Jahren Investitionen von 1,14 Milliarden Franken generiert wurden, von denen 70 % in unser Gewerbe geflossen sind. Dies löst die derzeit anstehenden Herausforderungen aber nicht. Nach unserer Meinung muss der Schwerpunkt auf die Energieversorgung unseres Kantons gelegt werden. Des Weiteren zeigt das Energieförderprogramm seine Wirkung. Eine Einführung von noch mehr Vorschriften auf kantonaler Stufe ist unseres Erachtens der falsche Ansatz. Meine persönliche Meinung: Was wir brauchen ist ein Mix. Kernenergie und Erneuerbare alleine werden es nicht richten. Auch die Effizienzsteigerung der Energienutzung

ist keine alleinige Lösung. Hinzu kommt die Planungssicherheit. Einmal dies, einmal jenes; so werden wir nie zu einer Strategie kommen, die uns eine sichere Energieversorgung ermöglicht. Nach meiner Meinung kann die Kernenergie insgesamt als sicher bezeichnet werden, denn sie hat meines Wissens historisch über den gesamten Lebenszyklus hinweg pro Energieeinheit bis heute weniger Menschenleben gekostet als fossile Energien, möglicherweise sogar weniger als Solar- und Windenergie. Fakt ist, dass unsere Hauptstromversorgung durch Wasserkraft und Kernenergie punkto Umweltbelastung und CO<sub>2</sub>-Ausstoss bereits sehr gut ist. Wenn wir, wie es die Energiewende vorsieht, die Kernenergie und die fossilen Energiequellen unter anderem durch Photovoltaik ersetzen müssen, benötigen wir eine Fläche von 480 Quadratkilometern Fotozellen. Das ist die Grösse des Kantons Obwalden. Die Kosten dafür belaufen sich auf rund 100 Milliarden Franken. Wir brauchen aber eine Energieversorgung, die unseren Lebensrhythmus abdeckt. Das kann die Photovoltaik allein nicht schaffen, da sie zu volatil ist. Ich gehe noch weiter: Wenn CO<sub>2</sub> wirklich so schlimm wäre, wie es dargestellt und umgesetzt wird, würde nur eines helfen, nämlich sofort den gesamten Konsum stark zu reduzieren. Denn bei nahezu all unserem Handeln verbrauchen wir Kohlenstoff, der sich kumuliert im Kaufpreis niederschlägt und als CO<sub>2</sub> wieder auftaucht. Das ist der Kreislauf, wie die Wirtschaft funktioniert. Nach meiner Meinung ist das so. Da unsere Weltwirtschaft und unser Finanzsystem auf immer mehr Wachstum ausgelegt ist und Wachstum benötigt, um zu überleben, wird dies nicht möglich sein. Ausser der sogenannte The Great Reset wird Wirklichkeit. Das möchte ich nicht. Wenn wir unsere Eigeninteressen und unser Geld höher achten als unsere Schöpfung, drehen wir uns nur im Kreis und kommen zu keinen nachhaltigen Lösungen. Eine Lösung wird es erst dann geben, wenn der Leidensdruck grösser wird, ein Blackout eintritt und unsere Eigeninteressen in den Hintergrund treten. Betreffend unsere Energieversorgung gibt es jedenfalls noch einiges zu tun. Wir sollten es gemeinsam anpacken und unser Bestes für unser Land und auch für unsere Kinder geben.

**Pretali, FDP:** Die vorliegende Interpellation wurde vor 13 Monaten eingereicht. Das haben wir bereits gehört. Was der Interpellant damals mit dem Begriff "neue Herausforderungen im Bereich Energie und Klima" gemeint hat, ist wohl durch die aktuelle geopolitische Lage überholt. Das Thema ist aber aktueller denn je. Für Personen, die heute in eine neue Wärme- oder in eine Energieerzeugungsanlage investieren möchten, ist nicht die Förderung die grosse Herausforderung, sondern die Verfügbarkeit der gewünschten Anlagen oder der notwendigen Fachpersonen für die Installation. Die aktuelle Situation ist der Beweis dafür, dass nicht die kantonale Energieförderung in der Vergangenheit schuld am zögerlichen Ausbau war, sondern die tiefen Energiepreise. Handlungsbedarf besteht trotzdem noch. Das Thema des Winterstroms ist präsenter denn je. Auch bei diesem Thema wird sich wohl erst etwas bewegen, wenn die Versorger die Tarifmodelle anpassen und Winterstrom dadurch wertvoller wird. Grundsätzlich darf man feststellen,

dass der Kanton mit seinem Förderprogramm eine aktive Rolle spielt. Es wird auf Veränderungen reagiert und die Schwerpunkte der Förderung werden den Marktentwicklungen und dem Stand der Technik angepasst. Zusätzlich zur Förderung wurden speziell in den Bereichen der Windenergie sowie der See- und der Geothermie Rahmenbedingungen angepasst und Planungsgrundlagen geschaffen. Eine spezielle Herausforderung orte ich im Bereich der thermischen Netze. Es wird zunehmend wichtig, Wärme und Kälte vom Entstehungsort zu den Nutzerinnen und Nutzern transportieren zu können. Grosse Energieerzeuger sind oft auch grosse Wärmequellen. Abwärme aus solchen Produktionsbetrieben, die zuvor energieintensiv produziert wurde, verpufft, weil entsprechende Netze fehlen und die Energie nicht verteilt werden kann. Diese Infrastruktur nun zeitnah zu erstellen, ist eine riesige Herausforderung, und zwar planerisch wie auch finanziell. Vielleicht wäre es zwischendurch sinnvoll, den Aufbau von Versorgungsinfrastruktur über entsprechende Förderung zu ermöglichen.

**Leuthold, GLP:** Wir haben viel über Herausforderungen und Probleme gesprochen. Ich habe ein Votum vorbereitet, konnte aber einiges streichen, da bereits sehr vieles gesagt wurde. Wir sollten nun von den Problemen zu den Lösungen überschwenken. Ich habe vier Ansätze, die ich nicht vorenthalten möchte. Punkt 1: Auch im Bereich der Stromversorgung sollten wir die Zusammenarbeit mit dem benachbarten Ausland im Sinne eines "Gebens und Nehmens" anstreben. Mit der aktuellen Europapolitik haben wir uns aber bis auf Weiteres eingemauert. Dies rückgängig zu machen, ist ein wichtiges Element für unsere Versorgungssicherheit. Punkt 2: Das aktuelle Förderprogramm des Kantons unterscheidet zwei Kategorien von Solarstromanlagen: "ins Dach integriert", das gibt mehr Geld, und "angebaut oder freistehend", das gibt etwas weniger Geld. Dachanlagen produzieren bekanntlich im Sommer die meiste Energie. Es wäre deshalb aus unserer Sicht zielführend, wenn vertikal an der Fassade montierte Anlagen den höchsten Förderbeitrag erhielten, da sie auch im Winter praktisch bei jedem Wetter eine gute Leistung erreichen und so mithelfen, die Winterlücke zu schliessen. In vielen Thurgauer Gemeinden wurden in den letzten Jahren sogenannte Smart Meter in die Liegenschaften eingebaut. Diese Geräte werden hauptsächlich von den Elektrizitätswerken dazu benutzt, um den Stromverbrauch abzulesen. Allerdings könnten sie noch viel mehr leisten: Mit einer optimierten Steuerung wäre es möglich, via "Smart Meter" einzelne Verbraucher im Netz zu- oder abzuschalten. Beispielsweise könnte bei kritischer Versorgungslage das Elektroauto in der Nacht erst eine Stunde später geladen werden oder die Wärmepumpe würde für einen kurzen Moment angehalten. Das ist für die Verbraucherinnen und Verbraucher nicht spürbar, würde aber das Netz entlasten. Leider ist das noch Zukunftsmusik. Punkt 4: Einmal mehr ging das Thema "Solarwärme und Solarthermie" vergessen. Mit wenigen Quadratmetern Sonnenkollektoren auf dem Dach lässt sich eine heizungsunterstützende Anlage bauen. Damit wird die Heizperiode um mehrere Monate pro Jahr verkürzt. In den Phasen der kalten Wintertage kann man die Temperatur mit der Sonne und

wenig zusätzlicher Energie ausgleichen. Falls die primäre Energiequelle eine Wärmepumpe ist, braucht diese nur noch sehr wenig Strom. Sie erhält dadurch einen sehr hohen Wirkungsgrad und eine lange Lebensdauer.

**Vogel, GRÜNE:** Ich möchte auf einige Voten eingehen. Ich bin immer wieder erstaunt, wenn ich höre, dass CO<sub>2</sub> keinen Einfluss auf das Klima habe. Ich bin sehr gerne bereit, darüber zu diskutieren. Nahezu alle wissenschaftlichen Untersuchungen zeigen aber, dass wir nur mit dem CO<sub>2</sub>-Ausstoss, der durch die Menschheit verursacht wurde, die Klimaerwärmung in den letzten 50 bis 60 Jahren erklären können. Zu den Vulkanen: Vulkane haben einen Einfluss auf das Klima. Interessanterweise haben sie insgesamt aber keinen negativen Einfluss auf das Klima, da sie auch Sulfatpartikel in die Luft bringen, die einen Teil der Sonnenstrahlen blockieren und so das Klima abkühlen. Diese Betrachtung der Vulkane ist also in allen Klimaszenarien enthalten. Zu den Atomkraftwerken (AKW): Ich weiss nicht, ob die Ratsmitglieder die Studie des Deutschen Wirtschaftsinstituts im Auftrag der Energiestiftung Schweiz gelesen haben. AKW liefern grundsätzlich viel Strom. Es besteht aber das Risiko, dass ein AKW ausfällt und die Planungssicherheit tiefer als mit erneuerbaren Energien ist, da das Klumpenrisiko riesig ist. In Frankreich sind in diesem Sommer viele Atomkraftwerke ausgefallen. Damit hat man nicht gerechnet. Das war ein grosses Problem für die Versorgungssicherheit. Dieses hätten wir auch mit einem neuen AKW. Ein Ausfall des Windes oder der Sonne in der gleichen Grössenordnung ist hingegen nicht denkbar. Wir müssen uns im Klaren sein, dass es mindestens 20 Jahre dauert, bis ein neues AKW steht. Das löst keine Probleme, die wir heute haben und in den nächsten zehn Jahren haben werden. Wir sollten unsere Energie jetzt in die Erneuerbaren investieren. Es funktioniert. Es wurde gezeigt, dass es funktioniert. Wir sollten nicht auf ein AKW warten, das vielleicht in 20 Jahren steht.

Regierungsrat **Schönholzer:** Die Interpellation könnte aktueller nicht sein. Ich bedanke mich für alle guten Anregungen und Wünsche. Ich nehme vieles mit, und ich werde das Protokoll nochmals vertieft mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern anschauen. Der Wunsch, mehr Analysen zu liefern und Transparenz über den Stand der Entwicklung zu schaffen, ist absolut gerechtfertigt. Das können wir sicher zeitnah erfüllen. Ich bitte um Verständnis, dass ich zu den Elektroboilern keine konkreten Aussagen machen kann. Rund 8 % der Heizenergie wird nach wie vor für Elektroheizungen eingesetzt. Der Kanton Thurgau hat ein sehr gutes Förderprogramm. Ich sage es bewusst, dass es ein Segen ist, dass wir dieses haben. Vieles konnte bereits gemacht werden. Wir legten den Fokus stets auf die Wirksamkeit. Da müssen wir natürlich noch vermehrt Transparenz über den Stand der Entwicklung legen. Zu mehr Unabhängigkeit von ausländischen fossilen Brennstoffen: Das ist nichts Neues. Sie führt zu mehr Nachfrage nach Strom, insbesondere im Winter. Wir können es drehen und wenden, wie wir wollen: Wir brauchen mehr in der Schweiz produzierten Strom, insbesondere Winterstrom. Dazu brauchen wir

alle Mittel. Es genügt nicht, nur von Photovoltaikanlagen zu sprechen, da diese am ehesten in der Bevölkerung akzeptiert sind. Wir brauchen viel mehr Photovoltaikanlagen an Fassaden, vermutlich auch im hochalpinen Raum, und wir brauchen die Wasserkraft. Im Kanton Thurgau ist das Potenzial an Wasserkraft aber weitgehend ausgeschöpft. Wir brauchen auch die Windenergie. Der Thurgauer Regierungsrat und das Parlament haben sich stets für die Windenergie ausgesprochen. Ich erinnere daran, dass wir in unserem Richtplan die Windenergiegebiete ausgeschieden haben. Es gibt Kantone, die das nicht gemacht haben oder die Regierungen wollten es, das Parlament aber nicht. Zur Windenergie: Alleine das zur Diskussion stehende Projekt in Thundorf könnte 80 Gigawattstunden Strom liefern. Die gesamte Wasserkraft in unserem Kanton liefert 49 Gigawattstunden. Wenn ich von Gegnern höre, dass es nicht 80 Gigawattstunden seien, verstehe ich die Welt nicht mehr. Wir brauchen die Geothermie. Da haben wir vielleicht die Chance, mit dem Projektantrag "TEnU 2030", der mit der Verteilung der Gelder aus dem Erlös des Verkaufs der Partizipationsscheine der Thurgauer Kantonalbank angestossen wird, mehr über unseren Untergrund zu erfahren und künftig Projekte zu lancieren. Die Themen sind alle langfristig. Wir brauchen Bauprojekte, da hat der Interpellant natürlich recht. Es braucht aber nicht nur Führungsstärke der Exekutiven – die braucht es zwar auch –, sondern vor allem die Akzeptanz in der Gesellschaft und ein Umdenken, dass wir nun handeln müssen. Dafür müssen wir Bauprojekte realisieren und mit der Bevölkerung in Diskussion treten, um eine Veränderung der gesellschaftlichen Grundhaltung zu erwirken. Es stimmt mich sehr traurig, nein, es entsetzt mich, wenn ich von Windkraftgegnern höre, dass sie alles daransetzen werden, damit die Gemeindebehörde in Thundorf bei den nächsten Gemeinderatswahlen abgewählt wird. Auf diesem Niveau bewegen wir uns also. Das ist eine Tatsache. Es ist beschämend, denn so kommen wir nicht weiter. Das muss aufhören. Wir müssen uns zusammenraufen und die Thematik gemeinsam lösen. Dafür braucht es nicht nur Worte, sondern Taten, den Grossen Rat und Promotorinnen und Promotoren der Thematik. Wir sollten in unserem Umfeld, in unseren Familien und Unternehmungen darüber sprechen und so mithelfen, dass wir solchen Projekten, die es nicht nur im Thurgau, sondern in der ganzen Schweiz gibt, zum Durchbruch verhelfen können. Wir sollten uns wirklich auf den Weg machen. Der Regierungsrat kann das nicht alleine. Er will führen und er wird führen. Das hat er in der Vergangenheit bewiesen. Er wird dies noch verstärkt tun müssen. Es braucht aber auch die Mitglieder des Grossen Rates. Ich zähle darauf und danke für die Unterstützung, die ab sofort immer und überall geleistet wird.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

**Präsidentin:** Das Geschäft ist erledigt.